



Energiebewusstsein 2010

**Ergebnisse einer repräsentativen
Bevölkerungsumfrage in Thüringen
zu energiebezogenen Einstellungen
und Verhaltensweisen**





RESIDENS

Das RESIDENS-Projekt wird durch das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur gefördert (Förderkennzeichen B 514 – 09025).

Impressum

TU Ilmenau
Ehrenbergstr. 29
98693 Ilmenau

Herausgeber: Der Rektor der Technischen Universität
Redaktion: Prof. Dr. Jens Wolling, Dipl. Medienwiss. Dorothee Arlt
Gestaltung: TU Ilmenau Service GmbH
Druck: ilnDemand Printing GmbH, Langenfeld
Fotos: iStockphoto
Alle Rechte vorbehalten.
Stand: April 2011; 1. Auflage

URN: urn:nbn:de:gbv:ilm1-2011200439

Kontakt

www.residens-projekt.de
residens@tu-ilmenau.de

Zitation der Studie:
Arlt, D. & Wolling, J. (2011): *Energiebewusstsein 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Thüringen zu energiebezogenen Einstellungen und Verhaltensweisen*. Ilmenau.

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

die vorliegenden Forschungsergebnisse sind im Rahmen des Projekts RESIDENS der Technischen Universität Ilmenau entstanden. Die Ergebnisbroschüre beinhaltet ausgewählte Befunde einer Befragung Thüringer Bürger über ihre Einstellungen zum Thema Energie und ihre Verhaltensweisen beim Umgang mit Energie. Die hier präsentierten Befunde sind in Zusammenhang mit den Ergebnissen einer ersten Befragung zu betrachten, die im Jahr 2009 veröffentlicht wurden (www.residens-projekt.de).

Im Mittelpunkt des gesamten Forschungsprojekts steht die Frage, wie man den Einsatz erneuerbarer Energiequellen durch die stärkere Einbeziehung der privaten Verbraucher optimieren kann. Da das schwankende Stromangebot aus diesen Energiequellen sehr oft nicht mit der Nachfrage durch die Stromkunden übereinstimmt, besteht die große Herausforderung darin, die Nachfrage nach elektrischem Strom an die jeweilige Angebotslage anzupassen. Mit diesem Thema beschäftigt sich das RESIDENS-Projekt.

Zweifellos ist eine nachhaltige Energieversorgung eine der großen Zukunftsaufgaben. Für diese Zielsetzung ist der Einsatz erneuerbarer Energien zur Stromgewinnung aus mehreren Gründen sinnvoll und notwendig: Angesichts eines global steigenden Energiebedarfs bei gleichzeitig zunehmender Verknappung fossiler Energieressourcen, anhaltenden Preissteigerungen für Öl und Gas, den Gefahren der Atomkraft und den ungelösten Fragen der Endlagerung atomaren Mülls, folgenschweren Unfällen bei der Erdölförderung und beim Öltransport sind innovative Lösungen in diesem Handlungsfeld notwendig. Nachhaltige Energieversorgung muss Versorgungssicherheit, bezahlbare Energiepreise sowie Umweltschutz miteinander in Einklang bringen. Um diese drei Zielsetzungen gemeinsam zu erreichen, wurden in jüngerer Zeit verschiedene politische Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien auf den Weg gebracht.

Eine Maßnahme ist die angestrebte, flächendeckende Einführung von Smart Metern (intelligenten Stromzählern) in Privathaushalten. Durch die Nutzung dieser Geräte sollen die Stromkunden in die Lage versetzt werden, ihren individuellen Strombedarf besser zu kontrollieren und gegebenenfalls an das variierende Stromangebot anpassen zu können. Im Gegenzug sollen die Strompreise in nachfragearmen Zeiten gesenkt werden, so dass die Verbraucher die Chance haben, Kosten zu sparen.

Der Erfolg energiepolitischer Maßnahmen für eine nachhaltige Energieversorgung im Allgemeinen, und der Smart Meter Technologie im Besonderen, hängt entscheidend von deren Akzeptanz bei den Verbrauchern ab. Obwohl das Verhalten der Privatverbraucher für die Gestaltung der zukünftigen Energieversorgung von zentraler Bedeutung ist, wurde ihre Perspektive bislang weitgehend vernachlässigt. Um dieses Defizit auszugleichen, wird ihnen im Rahmen des Forschungsprojekts RESIDENS besondere Beachtung geschenkt.

Das RESIDENS-Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren und wird durch das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur unter dem Förderkennzeichen B 514 – 09025 gefördert. Durchgeführt wird das Projekt von der Technischen Universität Ilmenau in Kooperation mit vier weiteren Projektpartnern: Dem Fraunhofer Anwendungszentrum für Systemtechnik (AST), dem Fraunhofer-Institut für Digitale Medientechnologie (IDMT), dem Institut für Energiewirtschaftsrecht an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (IEWR) sowie den Stadtwerken Ilmenau.

Wir wünschen Ihnen nun eine anregende und informative Lektüre der Forschungsergebnisse.

Dipl.-Medienwiss. Dorothee Arlt
Prof. Dr. Jens Wolling



Inhaltsverzeichnis

1.	Die wichtigsten Ergebnisse auf einen Blick	6
2.	Informationen zur Methode der Untersuchung	7
3.	Energiepolitische Präferenzen	8
4.	Emotionale Haltung gegenüber der Atomkraft	9
5.	Bewertung der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken	10
6.	Energiebewusstsein	13
7.	Einstellungen zur Solarenergie	14
8.	Einstellungen zur Windenergie	16
9.	Einstellungen zum Stromnetzausbau	17
10.	Einstellungen zum Ressourcenverbrauch	18
11.	Energiebezogene Handlungsbereitschaft	19
12.	Private Haushalte und Smart Meter	21
13.	Bewertung der Funktionen von Smart Metern	22
14.	Zahlungsbereitschaft für Smart Meter	23





Die wichtigsten Ergebnisse auf einen Blick

Welche energiepolitischen Präferenzen haben die Thüringer?

- Für 58 Prozent der Thüringer steht eine umweltschonende Energieversorgung an erster Stelle.
- Während die Umweltverträglichkeit und die Versorgungssicherheit der Energieversorgung für die Thüringer an Bedeutung gewonnen haben, hat die Wirtschaftlichkeit mit 17 Prozentpunkten deutlich an Wichtigkeit verloren

Welche Meinungen haben die Bürger zum Thema Atomkraft?

- 70 Prozent der Thüringer zeigen sich über die Sicherheit von Atomkraftwerken besorgt. Unmittelbar bedroht fühlen sich jedoch nur 36 Prozent.
- Zu der 2010 vom Bundestag beschlossenen Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken hatten die Thüringer bereits im Vorfeld eine überwiegend ablehnende Haltung.
- 85 Prozent halten verlängerte Laufzeiten von Atomkraftwerken für verantwortungslos, solange die Frage der Endlagerung von atomarem Müll nicht geklärt ist.
- Vor allem diejenigen sind gegen die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken, denen eine umweltverträgliche Energieversorgung besonders wichtig ist.
- 89 Prozent der Thüringer meinen, dass insbesondere die Energiewirtschaft von der geplanten Laufzeitverlängerung profitieren wird.

Welche Einstellungen haben die Thüringer zu Wind- und Solarenergie?

- Trotz der hohen Bedeutung, die die Thüringer einer umweltschonenden Energieerzeugung beimessen, ist die Unterstützung für die erneuerbaren Energien relativ gering.
- Die Zustimmung zum Ausbau der Windenergie sank im Untersuchungszeitraum von 75 Prozent auf 48 Prozent.
- Höhere Strompreise zur Förderung der Solarenergie befürworten lediglich 39 Prozent der Thüringer. Andererseits wird die Kürzung der Solarförderung von rund 70 Prozent der Thüringer überwiegend als negativ bewertet.

Wie verhalten sich die Bürger bei der Nutzung von Energie?

- Bereits 72 Prozent der Thüringer Privathaushalte heizen ihre Wohnung weniger, um Energie zu sparen. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 9 Prozentpunkte.

Wie denken die Bürger über Smart Meter?

- 90 Prozent bezeichnen die Möglichkeit, durch den Einsatz von Smart Metern detailliertere Verbrauchsinformationen zu erhalten, als nützlich.
- Fast die Hälfte (49%) bewertet die Möglichkeit, dass Smart Meter bestimmte elektrische Geräte wie Waschmaschinen und Geschirrspülmaschinen automatisch bei günstigeren Tarifen einschalten, als sehr nützlich.

Informationen zur Methode der Untersuchung

Die Daten der vorliegenden Ergebnisbroschüre wurden im Rahmen der **zweiten** Umfrage des RESIDENS-Projekts im Zeitraum vom 16. August bis 11. September 2010 durch eine telefonische Befragung gewonnen. Interviewt wurden Personen in Thüringer Privathaushalten über 18 Jahre.

Das besondere an dieser Untersuchung ist, dass es sich um eine sogenannte Paneluntersuchung handelt. Das bedeutet, dass alle Personen, die bereits 2009 an der Umfrage teilgenommen haben, 2010 noch einmal befragt wurden. Bei insgesamt 272 der 529 Personen, die bereits 2009 befragt worden waren, ist eine solche zweimalige Befragung gelungen. Die übrigen konnten nicht erreicht werden oder wollten nicht noch einmal teilnehmen. Bei denen, die sich noch einmal interviewen ließen, spricht man von Teilnehmern im Befragungspanel. Bei diesen Personen kann man genau feststellen, ob sie ihr Verhalten oder ihre Meinungen innerhalb des Jahres geändert haben, wenn man die entsprechenden Antworten auf die gleich lautenden Fragen vergleicht.

Für viele statistische Analysen ist die Anzahl von 272 Personen jedoch zu gering, deswegen wurden zusätzlich weitere 279 Personen erstmalig befragt. Um repräsentative Ergebnisse für die Thüringer Bevölkerung zu erhalten, erfolgte die Auswahl der zusätzlichen Befragten wiederum anhand eines wissenschaftlichen Verfahrens, das mit Unterstützung der ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen) realisiert wurde. Dabei wurde von der ZUMA zunächst eine Liste von Telefonanschlüssen in Thüringer Privathaushalten per Zufallsauswahl zusammengestellt (Random Last Digits-Verfahren) und diese ausgewählten Nummern wurden anschließend von geschulten Mitarbeitern kontaktiert. Die eigentliche Befragung wurde dann mit der Person im Haushalt geführt, die als nächste Geburtstag hat (Next-Birthday-Methode) und nicht etwa immer mit der Person, die das Telefongespräch entgegengenommen hat. Nur solch ein komplexes und aufwendiges Verfahren führt zu einer repräsentativen Auswahl. Wenn die auf diese Weise ermittelten Personen einverstanden

waren, wurde anschließend ein durchschnittlich 20-minütiges Telefoninterview geführt. Durchgeführt wurde die Befragung wiederum von studentischen Interviewerinnen und Interviewern im Telefonlabor des Instituts für Medien und Kommunikationswissenschaft der Technischen Universität Ilmenau.

Der Fragebogen der zweiten Befragungswelle umfasste Fragen zur Nutzung von Informationsangeboten in den Medien, zu energiepolitischen Entscheidungen und Präferenzen sowie speziell zur Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken, der Solarkürzung und zu Smart Metern, den sogenannten intelligenten Stromzählern.

Insgesamt nahmen somit 551 Thüringerinnen und Thüringer (51% Frauen, 49% Männer) im Alter zwischen 18 und 90 Jahren (Durchschnittsalter: 51 Jahre) an der Befragung teil. Die nachfolgenden Auswertungen beziehen sich – soweit nichts anderes angegeben ist – auf diese 551 Personen. Teilweise wurden aber auch nur diejenigen genauer betrachtet, die sowohl an der ersten als auch an der zweiten Umfrage teilgenommen hatten (das Befragungspanel).

Als ihren höchsten Schulabschluss gaben 16 Prozent einen Hauptschulabschluss, 47 Prozent Mittlere Reife, 31 Prozent Abitur bzw. Fachoberschule, und 6 Prozent Hochschul- oder Fachhochschulabschluss an. Was die Erwerbstätigkeit der Befragten betrifft, so waren zum Zeitpunkt der Befragung 46 Prozent Vollzeit erwerbstätig, 13 Prozent Teilzeit erwerbstätig und 41 Prozent nicht erwerbstätig, wobei es sich dabei um Studenten, Rentner, Arbeitslose, Kurzarbeiter und Beurlaubte handelt.

Die meisten Haushalte (38%) verfügten über ein durchschnittliches Nettoeinkommen zwischen 1000 € und 1999 €. In den übrigen Haushalten verteilte sich das durchschnittliche Nettoeinkommen wie folgt: 14 Prozent der Haushalte steht bis zu 1000 € zur Verfügung, 25 Prozent zwischen 2000 € und 2999 €, 14 Prozent zwischen 3000 € und 3999 € und 8 Prozent haben mehr als 4000 €.

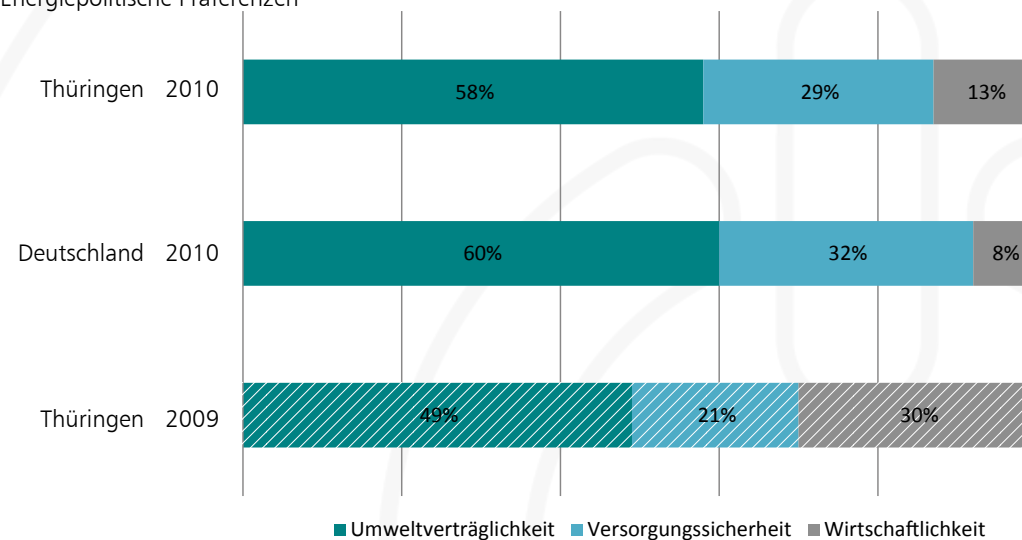


Energiepolitische Präferenzen

Die Hauptziele der deutschen Energiepolitik bestehen aus den drei Eckpfeilern Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit. Während Wirtschaftlichkeit auf möglichst preiswerte und konkurrenzfähige Energie abzielt, stehen bei der Versorgungssicherheit eine sichere Verfügbarkeit von ausreichend Energie im Mittelpunkt der Überlegungen. Bei der Umweltverträglichkeit hingegen geht es um eine nachhaltige, umweltschonende und klimafreundliche Energieversorgung. Die energiepolitische Schwierigkeit besteht darin, dass mit jedem Eckpfeiler sehr unterschiedliche Prioritäten gesetzt werden, die sich nicht immer ohne Weiteres miteinander vereinbaren lassen.

Ausgehend von dieser Problematik wurden die Befragungsteilnehmer danach gefragt, welches dieser drei energiepolitischen Ziele ihnen persönlich am wichtigsten ist. Dabei zeigte sich, dass 58 Prozent der Thüringer Befragten eine umweltverträgliche Energieversorgung eindeutig am wichtigsten ist. Für 29 Prozent steht die Versorgungssicherheit im Mittelpunkt und für 13 Prozent eine wirtschaftliche Energieversorgung.

Abbildung 1: Energiepolitische Präferenzen



Vergleicht man die Präferenzen der Thüringer mit denen der Deutschen aus einer zeitgleich durchgeführten bundesweiten Befragung, so unterscheiden sich die energiepolitischen Prioritäten der Thüringer kaum von denen der Bundesbürger.

Ein anderes Bild zeigt sich bei einem Vergleich mit der Befragung aus dem Vorjahr: Wenn man die Präferenzen der Thüringer in der Befragung 2010 mit denen aus dem Jahre 2009 vergleicht, zeigt sich, dass sowohl die Bedeutung der Umweltverträglichkeit (um 9 Prozentpunkte) als auch die der Versorgungssicherheit (um 8 Prozentpunkte) gestiegen ist, während die Wirtschaftlichkeit mit 17 Prozentpunkten deutlich an Wichtigkeit verloren hat.

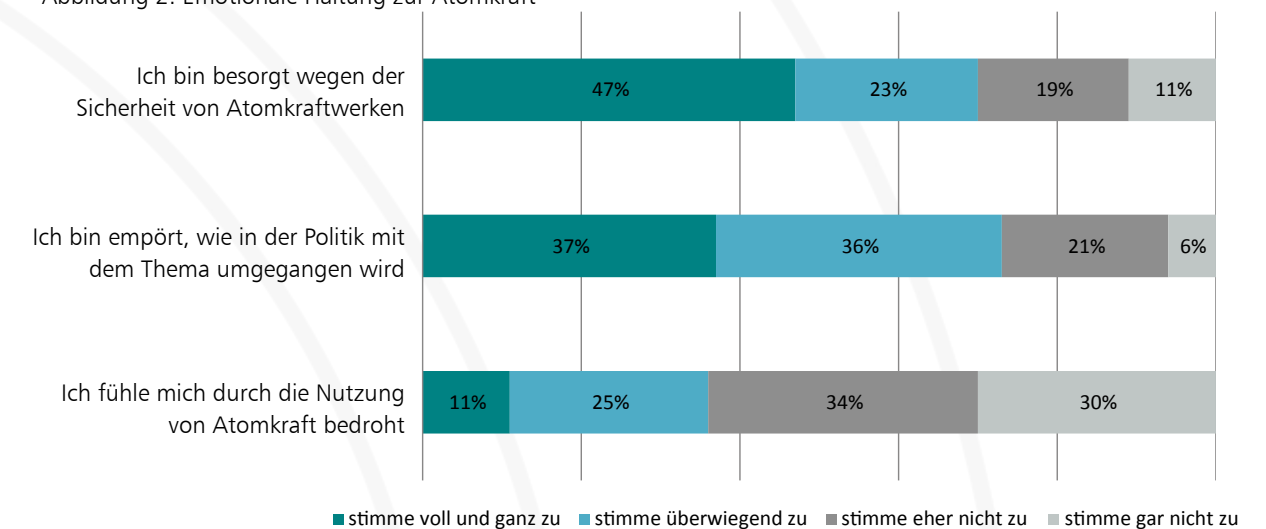
Emotionale Haltung gegenüber der Atomkraft

Ein Energiethema über das im Vorfeld der Befragung 2010 besonders viel in den Medien berichtet wurde, war die geplante Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke. Aus diesem Grund wurde erfragt, wie die Thüringer grundsätzlich über das Thema Atomkraft denken.

Dazu wurden den Befragten drei Aussagen vorgelesen und ihre Meinung dazu erfragt. Im Sommer 2010 zeigte sich, dass 70 Prozent der Thüringer wegen der Sicherheit von Atomkraftwerken besorgt sind. 73 Prozent waren darüber empört, wie in der Politik mit dem Thema Atomkraft umgegangen wird. Dagegen fühlten sich nur 36 Prozent durch die Nutzung von Atomenergie unmittelbar bedroht. Rund 34 Prozent stimmten dieser Aussage eher nicht zu und 30 Prozent gar nicht.



Abbildung 2: Emotionale Haltung zur Atomkraft





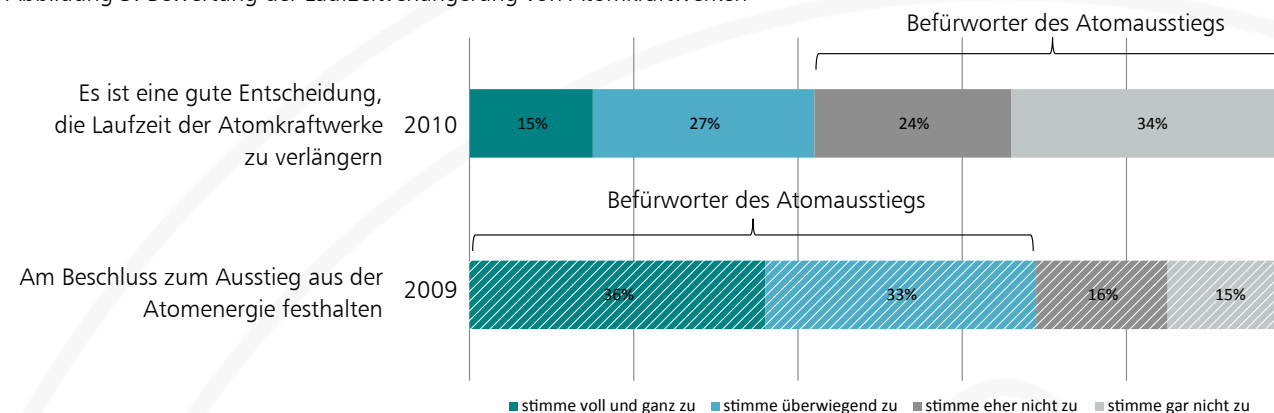
Bewertung der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken

In einem weiteren Fragenblock zur Atomkraft wurden die Thüringer dann konkret zu ihrer Meinung über die sich damals noch in der Planung befindliche Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken sowie zu verschiedenen Argumenten der Gegner und Befürworter der Laufzeitverlängerung befragt.

Zunächst zeigte sich, dass die Mehrheit der Thüringer eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken ablehnt: 58 Prozent hielten eine Laufzeitverlängerung für keine gute Entscheidung und sprachen sich damit gegen

das Energiekonzept der Bundesregierung aus. Vergleicht man die Angaben der Thüringer mit denen aus dem Vorjahr, dann zeigt sich allerdings, dass das Votum gegen Atomkraft im Vorjahr noch wesentlich deutlicher ausgefallen war: 69 Prozent waren für einen Ausstieg aus der Atomenergie. Das Thema Verlängerung der Laufzeiten stand 2009 noch nicht auf der politischen Tagesordnung, deswegen wurde damals nicht die Zustimmung zur Laufzeitverlängerung ermittelt, sondern es wurde die Zustimmung zur Gegenposition erfragt, nämlich zum Festhalten am Atomausstieg.

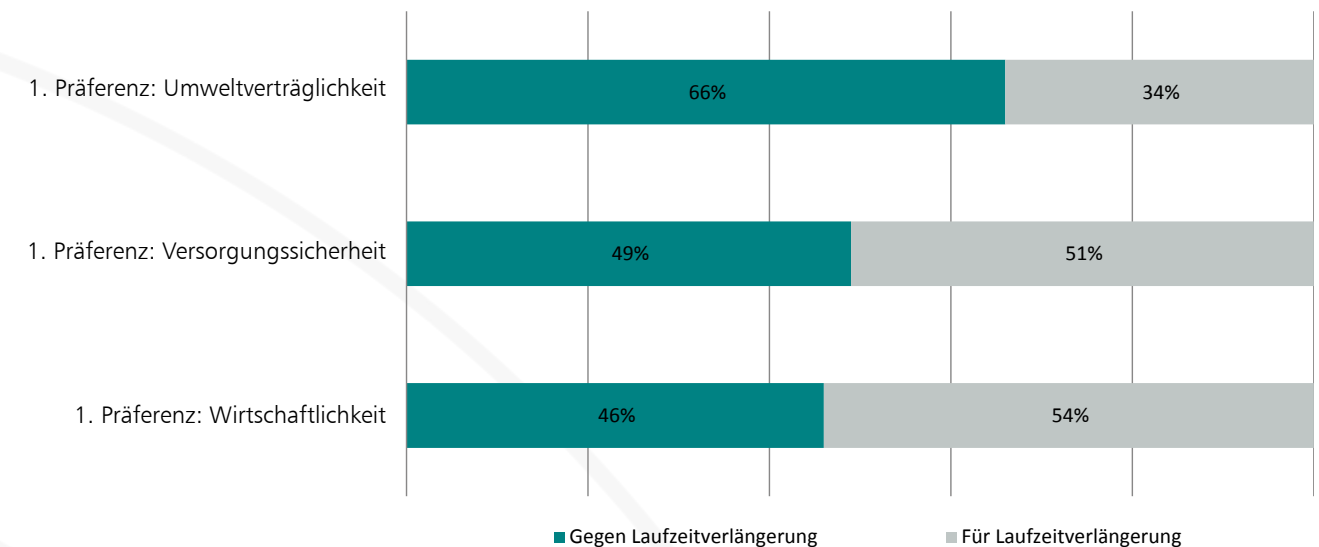
Abbildung 3: Bewertung der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken



Betrachtet man wie die unterschiedlichen energiepolitischen Präferenzen mit den Einstellungen zur Laufzeitverlängerung in Verbindung stehen, dann findet man deutliche Zusammenhänge: Das Hauptargument für die Befürworter der Laufzeitverlängerung scheinen wirtschaftliche Überlegungen zu sein sowie das Argument der Versorgungssicherheit: Bei Personen mit diesen energiepolitischen Präferenzen fanden sich knappe Mehrheiten für eine Laufzeitverlängerung. Von denen, die die Umweltverträglichkeit der Energieversorgung an erster Stelle sehen, war hingegen nur ein Drittel für die Verlängerung der AKW-Laufzeiten.

Zum Verhältnis von Erneuerbaren Energien und Atomenergie wurden den Thüringer Befragten zwei Aussagen präsentiert. Bei der ersten ging es um die Frage, in welchem Zeitraum eine sichere Energieversorgung durch Erneuerbare Energien möglich sein wird bis man ganz auf Kernenergie verzichten kann. Um dabei genauer untersuchen zu können, inwiefern die Einschätzung von unterschiedlich langen Zeithorizonten beeinflusst wird, wurde einmal die Formulierung „in den nächsten 20 Jahren“ und zum anderen die Formulierung „in den nächsten 40 Jahren“ gewählt. Jeweils die Hälfte der Befragten erhielt eine der beiden Fragevarianten.

Abbildung 4: Haltung gegenüber Laufzeitverlängerung nach energiepolitischer Präferenz

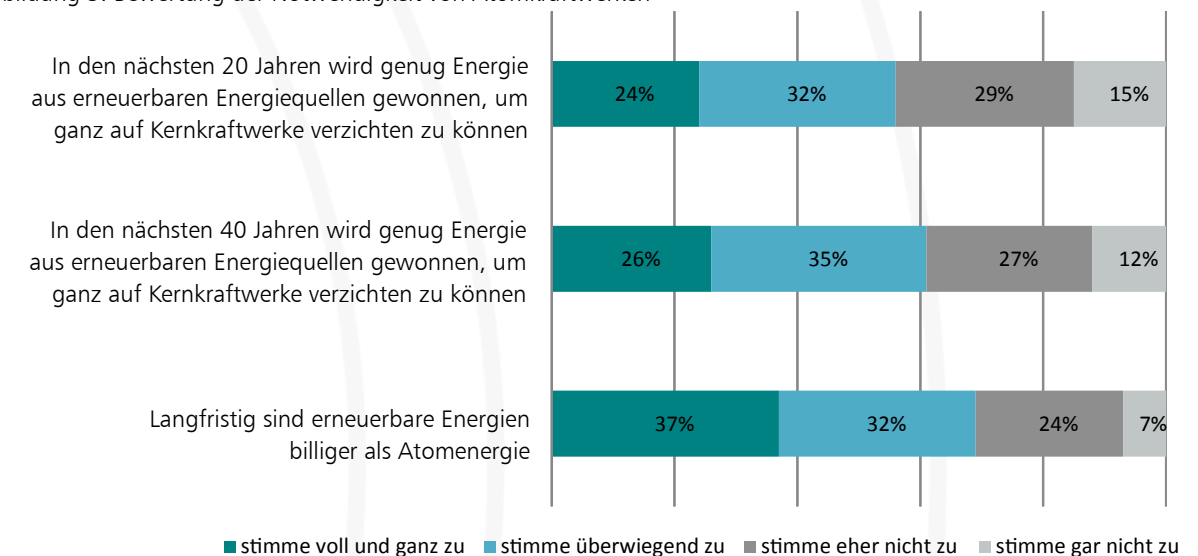


Unabhängig von der zeitlichen Variation zeigte sich zunächst, dass die Mehrheit der Thüringer einen langfristigen Verzicht auf Atomenergie für möglich hält, weil bis dahin genügend Energie aus erneuerbaren Energien gewonnen wird. Vergleicht man die Antworten hinsichtlich der beiden zeitlichen Vorgaben, dann wird zudem deutlich, dass die Mehrheit der Befragten davon ausgeht, dass dies bereits in 20 Jahren der Fall sein wird, fragt man nach einem Zeitraum von 40 Jahren, dann wächst die Zustimmung noch um weitere 5 Prozentpunkte auf 61 Prozent. Eine ver-

bleibende Gruppe von fast 40 Prozent zweifelte an einem solchen Ausstiegsszenarium jedoch auch in einem Zeitraum von 40 Jahren.

Bemerkenswert ist zweifellos wie die Thüringer das Kostenverhältnis von Erneuerbaren Energien und Atomkraft einschätzen. Trotz der immer wieder verbreiteten Behauptung, dass Atomstrom besonders kostengünstig sei, gehen fast zwei Drittel davon aus, dass die alternativen Energiequellen auf lange Sicht billiger sind als die Atomenergie.

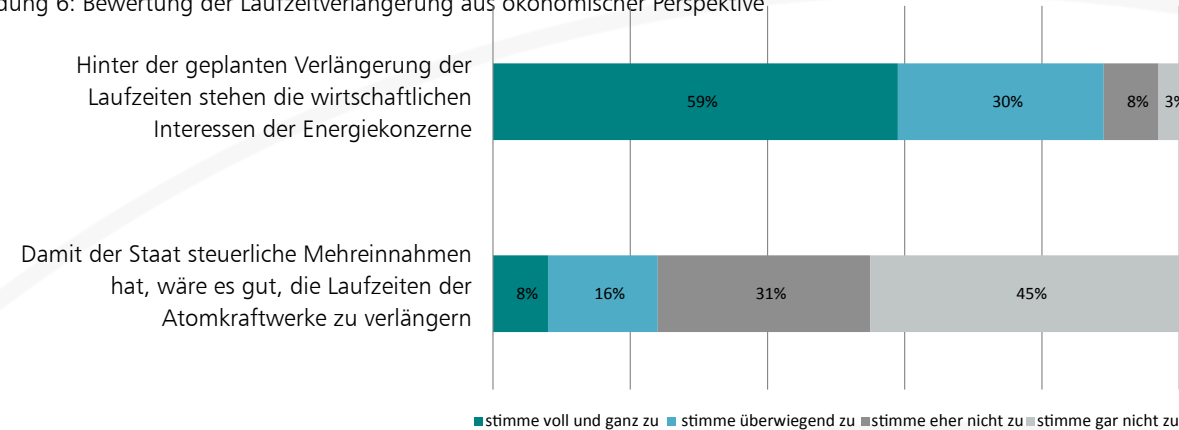
Abbildung 5: Bewertung der Notwendigkeit von Atomkraftwerken





Energiebewusstsein

Abbildung 6: Bewertung der Laufzeitverlängerung aus ökonomischer Perspektive

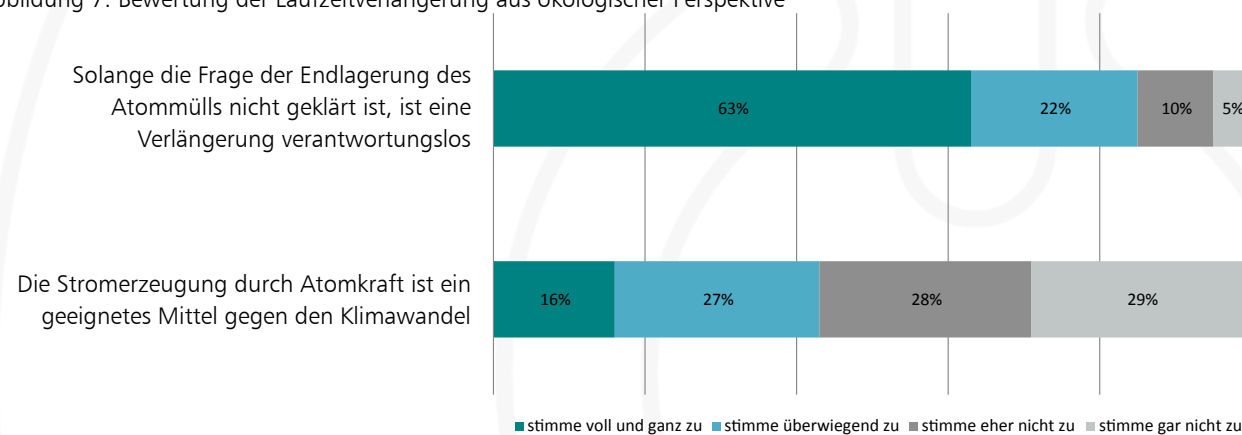


Sehr einig waren sich die Befragten auch darin, dass von der geplanten Laufzeitverlängerung insbesondere die Energiewirtschaft profitiert: 89 Prozent sehen als eigentliche Motivation hinter der Laufzeitverlängerung die wirtschaftlichen Interessen der Energiekonzerne. Die im Rahmen der Laufzeitverlängerung eingeführte Brennelementesteuer, mit der zusätzliche Steuereinnahmen generiert werden sollen, war die zentrale Maßnahme der Bundesregierung, um dem Vorwurf einer solchen einseitigen Berücksichtigung von Wirtschaftsinteressen entgegenzutreten. Tatsächlich konnten aber nur 24 Prozent der Thüringer durch das Argument überzeugt werden, dass die steuerlichen Mehreinnahmen des Staates ein guter Grund für die Laufzeitverlängerung seien.

Ähnlich einhellig ist das Urteil der Thüringer, wenn die Laufzeitverlängerung explizit mit der ungelösten Frage der Endlagerung von Atom-müll in Verbindung gebracht wird. So halten 85 Prozent der Thüringer verlängerte Laufzeiten für verantwortungslos, solange die Frage eines atomaren Endlagers nicht geklärt ist.

Zudem lassen sich die meisten Thüringer auch nicht von dem Argument vieler Atomkraft-befürworter überzeugen, die aus Atomkraft gewonnene Energie sei besonders klimafreundlich. Nur 43 Prozent der Befragten halten die Stromerzeugung durch Atomkraft für ein geeignetes Mittel gegen den Klimawandel.

Abbildung 7: Bewertung der Laufzeitverlängerung aus ökologischer Perspektive



Eine der wesentlichen Zielsetzungen des RESIDENS-Projekts ist die Beantwortung der Frage, ob die privaten Verbraucher dazu bereit sind, durch eine Veränderung ihres persönlichen Umgangs mit elektrischer Energie einen Beitrag zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energiequellen zu leisten. Anreize für solche Verhaltensänderungen können zum einen persönliche finanzielle Vorteile und zum anderen umweltbezogene Argumente sein.

Eine umweltbezogene Argumentation kann jedoch nur dann zielführend sein, wenn die Verbraucher der Nutzung alternativer Energieformen offen gegenüber stehen und bereit sind, die mit dem Ausbau erneuerbarer Energien verbundenen (negativen) Konsequenzen zu tolerieren.

Im zurückliegenden Jahr 2010 ist die Nutzung alternativer Energiequellen in mehrfacher Hinsicht sowohl deutschlandweit als auch speziell

in Thüringen kontrovers diskutiert worden: Da war zum einen die Debatte über die Strompreiserhöhung als Konsequenz der EEG-Umlage¹, die insbesondere auf den erfolgreichen Ausbau der Solarenergie zurückgeführt wird. Des Weiteren wurde intensiv über mögliche Standorte von Windkraftanlagen diskutiert, u.a. weil durch eine Errichtung in der Nähe der Thüringer Wartburg deren Status als Weltkulturerbe in Gefahr geraten könnte. Und nicht zuletzt waren die erneuerbaren Energien im Zusammenhang mit dem geplanten Netzausbau in der Debatte: So wird die Notwendigkeit der geplanten 380 KV-Hochspannungsleitung durch den Thüringer Wald insbesondere damit begründet, dass sie für den Transport von Windenergie aus dem windreichen Norden in den Süden Deutschlands benötigt wird.

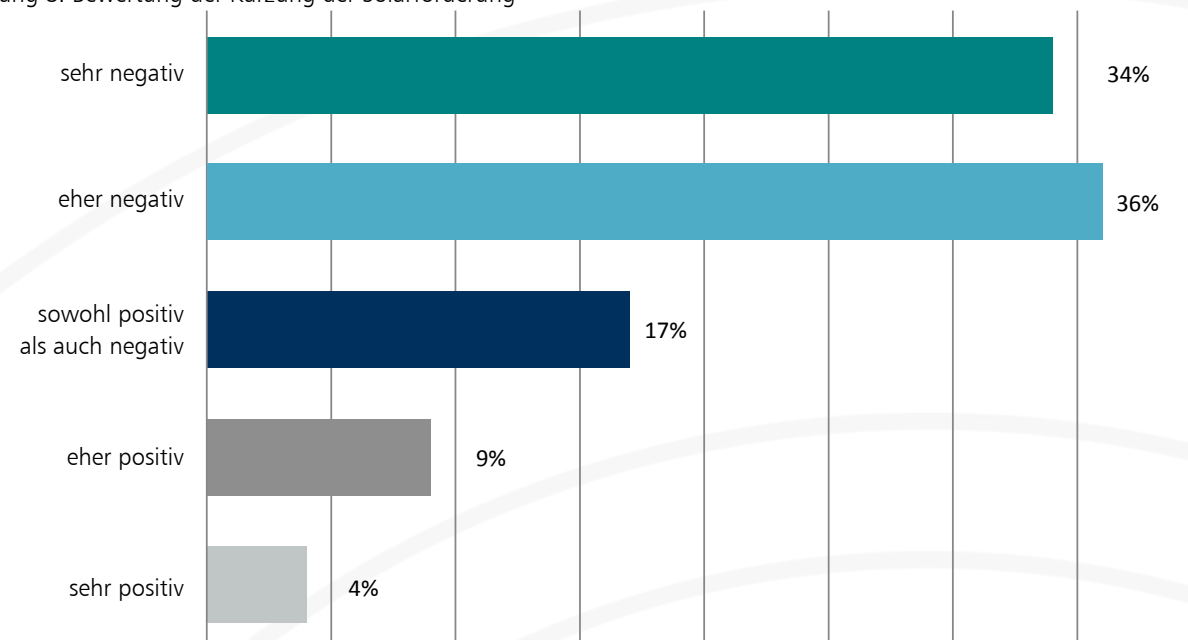


¹ Um den Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern, erhalten diejenigen, die Strom aus erneuerbare Energiequellen produzieren (Photovoltaik, Wind) für den eingespeisten Strom ein höheres Entgelt als sonst am Markt üblich. Die dadurch entstehenden Mehrkosten werden durch die EEG-Umlage auf alle Stromkunden umverteilt, wodurch der Strom für alle Kunden etwas teurer wird.



Einstellungen zur Solarenergie

Abbildung 8: Bewertung der Kürzung der Solarförderung



Ein Thema über das im Zusammenhang mit der Solarenergie im Vorfeld der Befragung 2010 insbesondere in den regionalen Thüringer Medien viel berichtet wurde, ist die Kürzung der Solarförderung. Aus diesem Grund wurde im Telefoninterview gefragt, ob die Thüringer von der beschlossenen Kürzung gehört haben und wie sie diese bewerten.

Von den Befragten hatten 84 Prozent bereits von der beschlossenen Kürzung der Solarförderung gehört. Nur diejenigen, die davon bereits Kenntnis hatten, wurden anschließend gefragt, wie sie die Kürzung bewerten. Es zeigt sich, dass 70 Prozent der Thüringer den Kürzungsbeschluss überwiegend negativ bewerteten. Lediglich von 13 Prozent wurde die Kürzung positiv gesehen.

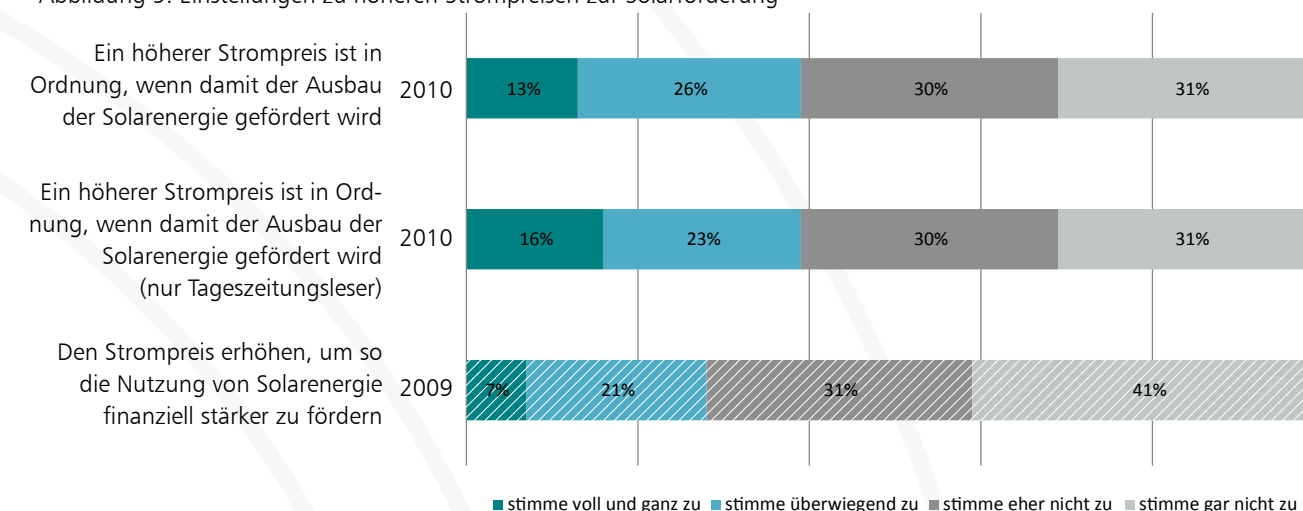


Auch die Akzeptanz von höheren Strompreisen zur Förderung der Solarenergie ist bei den Thüringern – trotz der kritischen Debatte über die EEG-Umlage – seit 2009 sogar etwas angestiegen. Allerdings war es auch 2010 nur eine Minderheit, die es in Ordnung fand, für den Ausbau der Solarenergie einen höheren Strompreis zu bezahlen. Rund 60 Prozent konnten sich damit weiterhin nicht anfreunden.

Da die Solarbranche gerade für Thüringen eine relativ große Bedeutung hat, haben die Thüringer Tageszeitungen nicht nur viel über dieses Thema

berichtet, sondern dabei auch verstärkt auf die möglichen negativen Konsequenzen einer Kürzung der Solarförderung für die Thüringer Solarindustrie und damit für die Thüringer Wirtschaft allgemein hingewiesen. Aus diesem Grund wurde überprüft, ob möglicherweise bei den Lesern Thüringer Zeitungen ein anderes Bild festzustellen ist, als bei denen, die keine regionale Tageszeitung lesen. Die Unterschiede bezüglich der Akzeptanz zwischen Lesern und Nicht-Lesern erwiesen sich jedoch als unbedeutend.

Abbildung 9: Einstellungen zu höheren Strompreisen zur Solarförderung



Anmerkung: Bei dieser und den nachfolgenden beiden Fragen wurde im Jahr 2009 die 4er-Skala „sehr dafür“, „teilweise dafür“, „eher dagegen“ oder „ganz dagegen“ verwendet

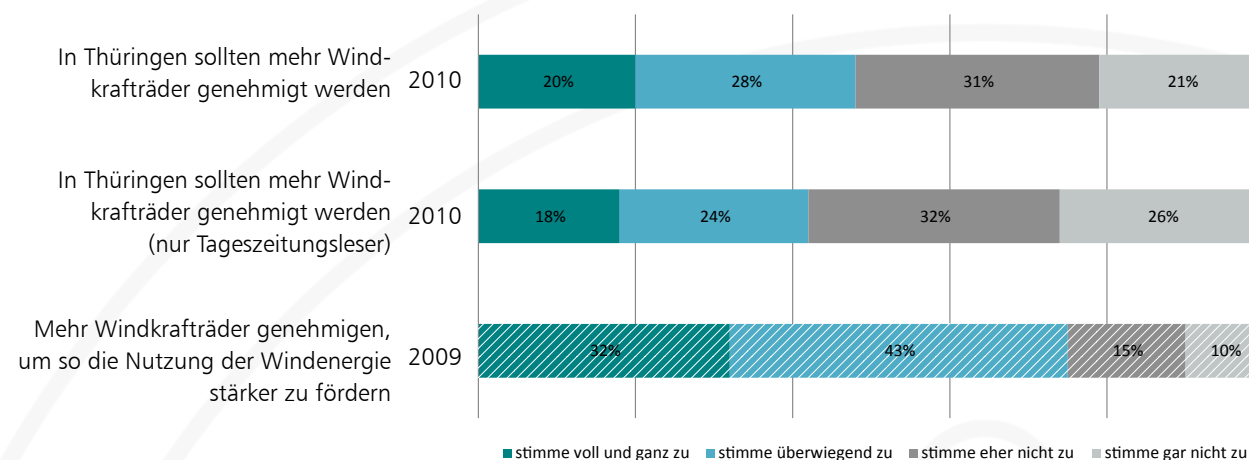


Einstellungen zur Windenergie

Im Vergleich zur Unterstützung höherer Strompreise für die Förderung des Solarausbaus (39 Prozent) ist die Zustimmung zum Bau von mehr Windkraftträdern mit 48 Prozent zwar etwas höher, allerdings mit stark rückläufiger Tendenz. Während es 2009 noch 75 Prozent waren, die sich für mehr Windparks ausgesprochen hatten, ist dieser Anteil innerhalb nur eines Jahres um 27 Prozentpunkte zurückgegangen. Bei den Lesern regionaler Tageszeitungen liegt der Anteil der Unterstützer des Ausbaus sogar nur bei 42 Prozent.

Die rückläufige Zustimmung könnte darauf zurückzuführen sein, dass 2010 die Zustimmung zur Errichtung weiterer Windparks in Thüringen erfragt wurde, während 2009 die Haltung gegenüber einer stärkeren Nutzung von Windenergie allgemein erfragt wurde.

Abbildung 10: Einstellungen zum Ausbau von Windkraft



Einstellungen zum Stromnetzausbau



Ebenfalls stark rückläufig ist die Unterstützung des Netzausbaus durch den Thüringer Wald. Während 2009 noch mehr als die Hälfte der Befragten für einen Ausbau waren, sank der Anteil der Befürworter auf 43 Prozent. Zwischen den Lesern der Regionalzeitungen und der übrigen Bevölkerung ließen sich diesbezüglich keine nennenswerten Unterschiede finden.

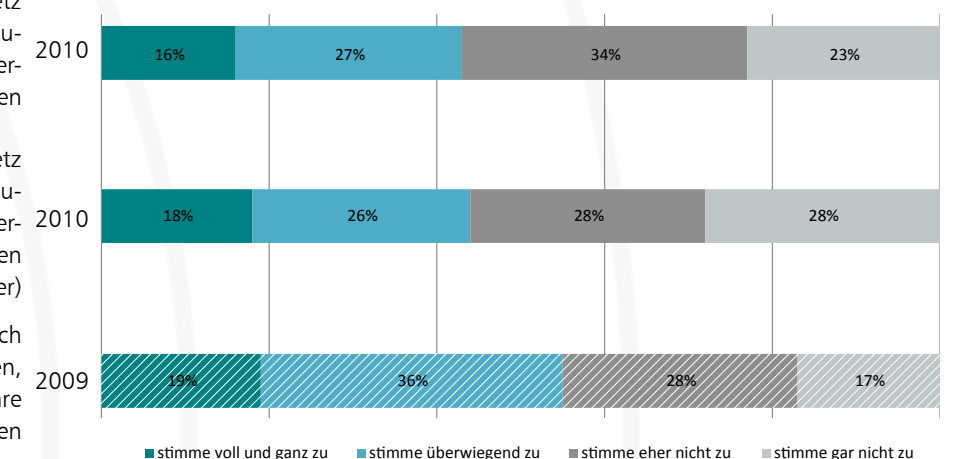
Ein Grund für diese starke Umstrittenheit des Netzausbaus könnte sein, dass hier Umweltaspekte aus regionaler Perspektive (Zerstörung des Thüringer Landschaftsbilds) mit Umweltaspekten aus nationaler Perspektive (Ausbau erneuerbarer Energien) aufeinander treffen.

Abbildung 11: Einstellungen zum Ausbau des Stromnetzes

Es ist notwendig das Stromnetz durch den Thüringer Wald auszubauen, um den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben

Es ist notwendig das Stromnetz durch den Thüringer Wald auszubauen, um den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben (nur Tageszeitungsleser)

Ausbau des Stromnetzes durch den Thüringer Wald vorantreiben, um den Umstieg auf erneuerbare Energien zu beschleunigen





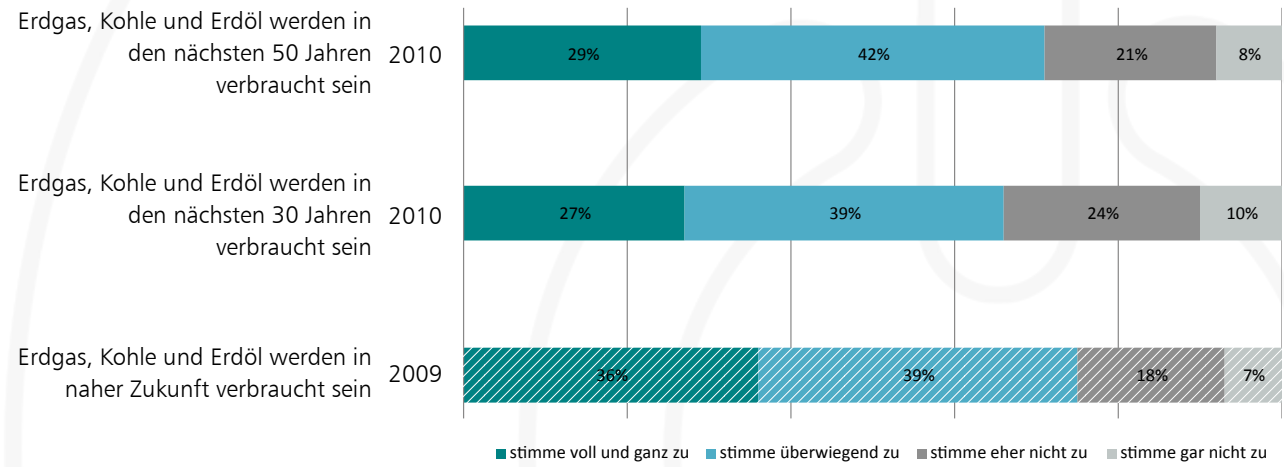
Einstellungen zum Ressourcenverbrauch

Diese Einstellungen gegenüber erneuerbaren Energien müssen in Zusammenhang mit den sonstigen Einschätzungen der generellen Versorgungssituation im Energiebereich gesehen werden: Die Thüringer gehen mit großer Mehrheit davon aus, dass die fossilen Energiereserven innerhalb der nächsten Jahrzehnte verbraucht sein werden. Eine klare Vorstellung, in welchen Zeitraum dies der Fall sein wird, gibt es jedoch nicht. Unabhängig davon, ob von einem Ende in „naher Zukunft“ die Rede ist – wie bei der Befragung 2009 – oder von einem Ende in einem Zeitraum von „30 Jahren“ bzw. „50 Jahren“ – wie bei der Befragung 2010 – in jedem Fall findet man eine deutliche Mehrheit, die dem Szenario zustimmt.

Betrachtet man die hier dokumentierten Einschätzungen zur Versorgungslage mit fossilen Brennstoffen im Zusammenhang mit den Einstellungen zur Atomkraft und der Tatsache, dass viele Befragte dem Ausbau der erneuerbaren Energien durchaus skeptisch gegenüber stehen, dann ist allerdings zu vermuten, dass sich Teile der Bürgerschaft bislang kaum mit der Frage beschäftigt hat, wie die zukünftige Energieversorgung gesichert werden soll.



Abbildung 12: Einstellungen zum Ressourcenverbrauch



Energiebezogene Handlungsbereitschaft

Das individuelle Verhalten im Umwelt- und Energiebereich wird durch verschiedene Faktoren beeinflusst. Einen besonders großen Einfluss auf das Handeln des Einzelnen haben dabei die wahrgenommenen ökonomischen Anreize, aber auch der zeitliche Aufwand. Je nachdem, ob bestimmte Verhaltensweisen eher mit hohem oder eher mit geringem finanziellen und zeitlichem Aufwand verbunden sind, unterscheidet sich die Wahrscheinlichkeit, ob Menschen bestimmte umweltfreundliche Verhaltensweisen tatsächlich realisieren.

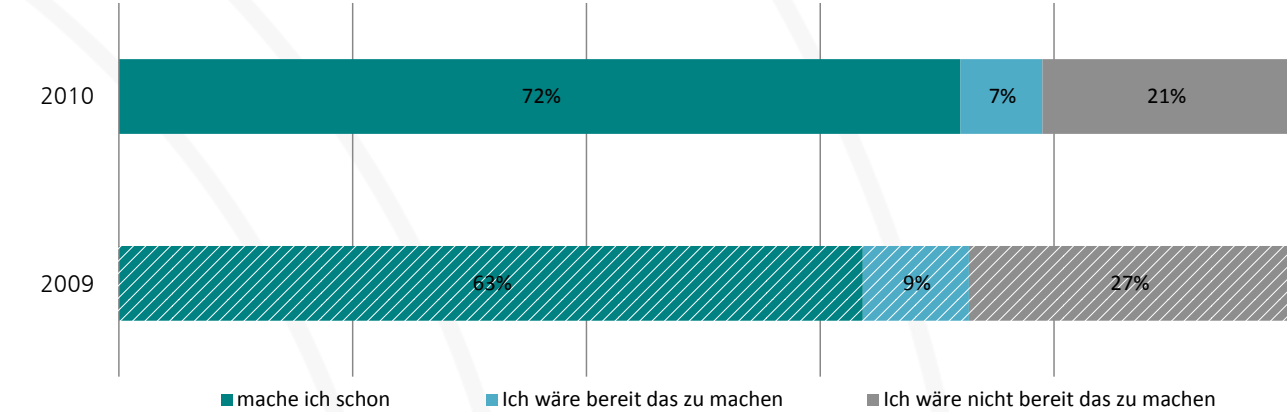
Um herauszufinden, welchen Einfluss diese Merkmale einer Handlungssituation auf die umwelt- bzw. energiebezogene Handlungsbereitschaft der Thüringer haben, wurden verschiedene Handlungsmöglichkeiten angesprochen. Konkret wurden dabei drei Optionen näher betrachtet:

1. Die Wohnung weniger zu heizen,
2. teurere, aber energiesparendere Haushaltsgeräte zu kaufen und
3. den Stromanbieter zu wechseln, um Ökostrom zu beziehen.

Dabei zielen die ersten beiden Optionen auf Energiesparen im Haushalt und damit auch auf einen ökonomischen Nutzen ab, während beim Wechsel des Stromanbieters für Ökostrom eher der Umweltaspekt im Vordergrund steht, der sogar mit einem höheren zeitlichen und finanziellen Aufwand verbunden sein kann.

Was die Bereitschaft die Wohnung weniger zu heizen angeht, so ist die Anzahl derjenigen, die diese Handlung bereits 2009 schon vollzogen haben, im Jahr 2010 noch einmal gestiegen: Bereits 72 Prozent der Thüringer Privathaushalte nehmen diese Energiesparoption wahr, ein Anstieg um 9 Prozentpunkte.

Abbildung 13: Wohnung weniger heizen





Private Haushalte und Smart Meter

Die Möglichkeit, durch teurere aber energie-sparsame Haushaltsgeräte, Energie einzusparen war ebenfalls bereits 2009 weit verbreitet und ist 2010 noch einmal um 7 Prozentpunkte gestiegen. Auch die grundsätzliche Bereitschaft auf diese Weise zum Energiesparen beizutragen, hat noch einmal um 15 Prozentpunkte zugelegt. Nur noch ein sehr geringer Teil der Thüringer (5%) bekundet hier keine Handlungsbereitschaft.

Ein etwas anderes Bild zeigt sich hingegen beim Wechsel des Stromanbieters, um Ökostrom zu beziehen. Die Handlungsbereitschaft ist hier grundsätzlich wesentlich geringer und zudem bleibt sie über die Zeit fast unverändert. Im Jahr

2010 hatten 15 Prozent der Thüringer ihren Stromanbieter für Ökostrom gewechselt, was nur 1 Prozent mehr ist als im Vorjahr. Zwar zeigen auch 41 Prozent eine Wechselbereitschaft, allerdings sind 44 Prozent weiterhin nicht dazu bereit.

Abbildung 14: Kauf teurerer, energiesparsamerer Haushaltsgeräte

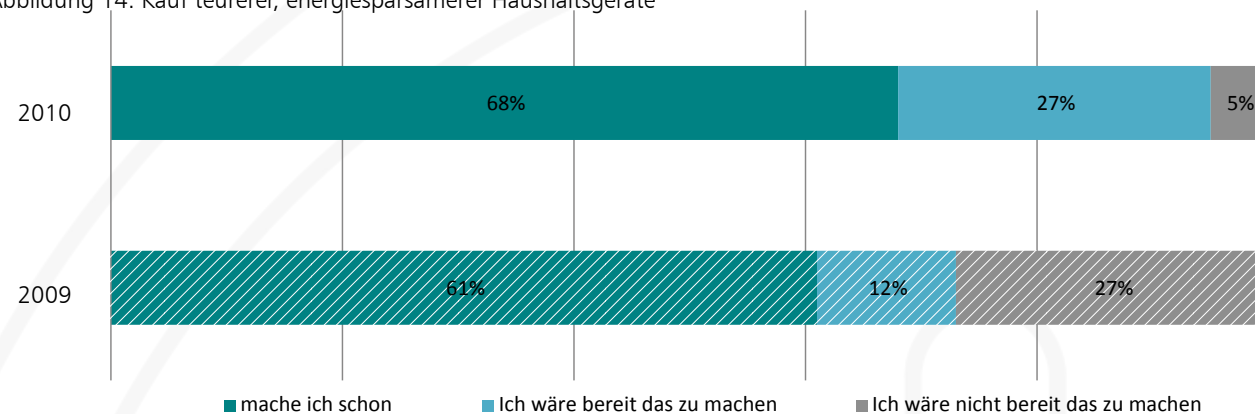
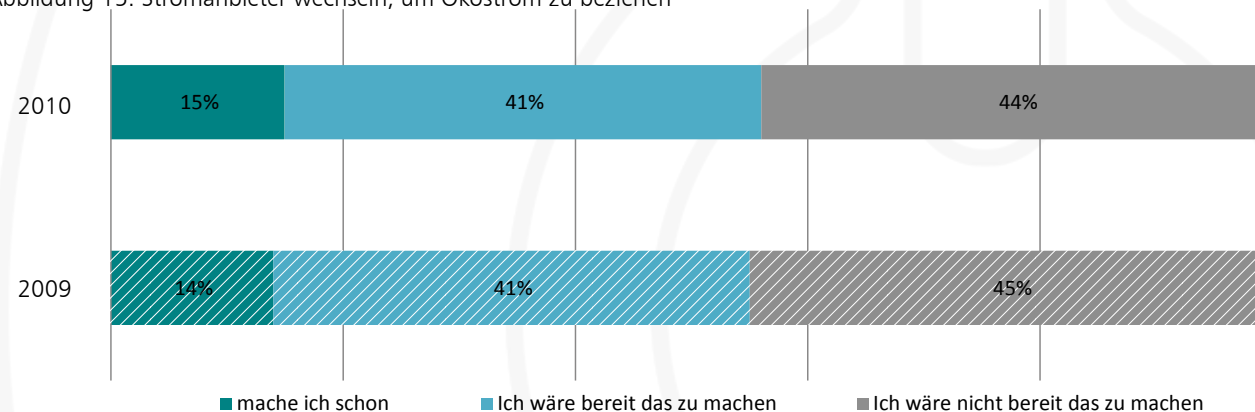


Abbildung 15: Stromanbieter wechseln, um Ökostrom zu beziehen



Die Bekanntheit der Smart Meter Technologie ist bei denjenigen, die in beiden Jahren befragt wurden, von 18 Prozent auf 52 Prozent angestiegen. In der Gruppe derjenigen, die nur 2009 oder nur 2010 befragt wurden gab es ebenfalls einen Anstieg von 21 Prozent auf 28 Prozent, der allerdings erheblich geringer ausfiel. Es ist anzunehmen, dass die erste Befragung für einige Personen Anlass war, sich in Folge mit der Thematik näher zu beschäftigen und entsprechenden Berichten in den Medien mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Von denjenigen, die angeben, dass sie schon einmal von der Technologie gehört haben – das waren insgesamt 108 Personen – sagen 57 Prozent, dass ihnen Berichte über die Smart-Meter-Technologie in den Massenmedien aufgefallen sind. Nur 15 Prozent haben von ihrem Stromanbieter Informationen dazu erhalten.



Abbildung 16: Bekanntheit von Smart Metern (Befragungspanel)

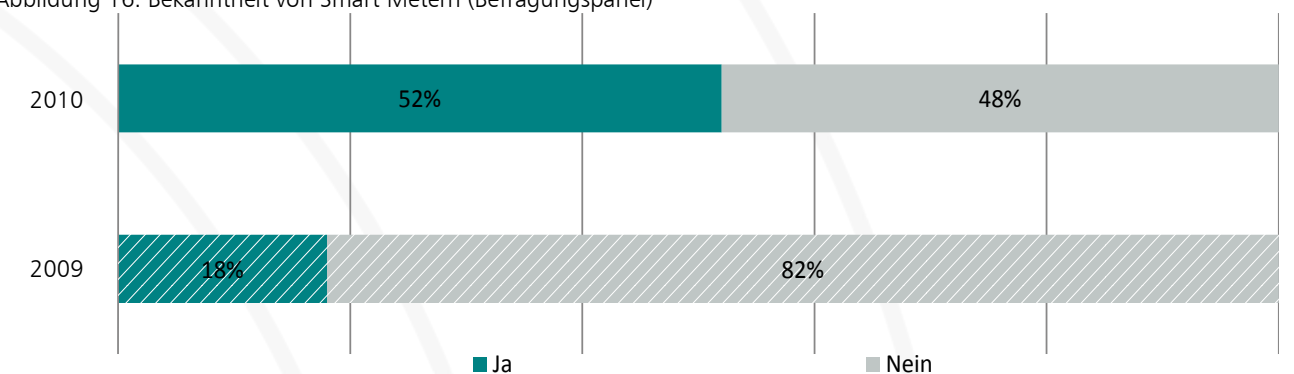
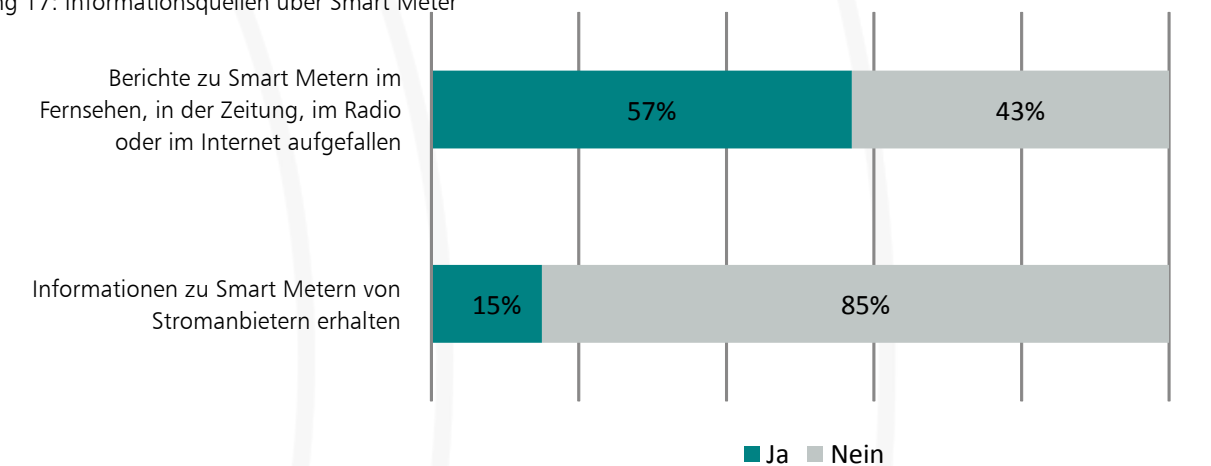


Abbildung 17: Informationsquellen über Smart Meter





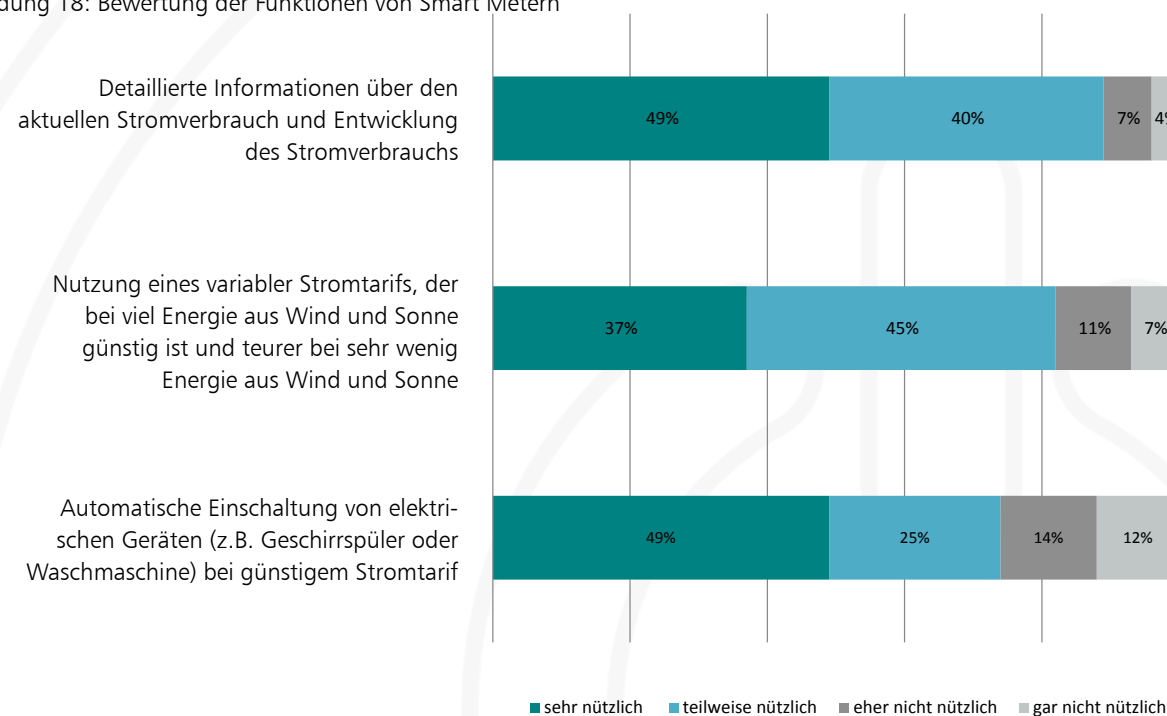
Bewertung der Funktionen von Smart Metern

Neben der Kenntnis der Smart-Meter Technologie und der Frage nach Quelle der Information über die Technologie wurde auch die Beurteilung verschiedener Funktionalitäten von Smart Metern ermittelt. Dabei wurde zunächst erfragt, ob die Möglichkeit detaillierte Verbrauchsinformationen zu erhalten, als nützlich angesehen wird. Diese Funktionalität wurde von fast 90 Prozent der Befragten als sinnvoll bewertet.

Etwas weniger Zustimmung fand die Option, variable Stromtarife in Abhängigkeit davon anzubieten, wie sich das Stromangebot aus erneuerbaren Energien darstellt. Aber auch hier lag die Zustimmungsrate noch bei über 80 Prozent. Immerhin rund 75 Prozent fanden auch die Möglichkeit, dass Smart Meter bestimmte elektrische Geräte wie Waschmaschinen und Geschirrspülmaschinen automatisch bei günstigeren Tarifen einschalten, als sehr nützlich. Fast die Hälfte (49%) bewertet diese Option sogar als sehr nützlich.



Abbildung 18: Bewertung der Funktionen von Smart Metern



Zahlungsbereitschaft für Smart Meter

Die Zahlungsbereitschaft für den Einbau eines Smart Meters hat sich von 2009 auf 2010 deutlich erhöht. Waren 2009 gerade einmal 16 Prozent bereit 100 Euro und mehr hierfür auszugeben, waren es 2010 mit 55 Prozent mehr als dreimal so viele Bürger, die bereit wären solche Beträge zu investieren. Dieser deutliche Anstieg ist vermutlich vor allem darauf zurückzuführen, dass die zuvor dargestellten Fragen zu den möglichen Funktionalitäten von Smart Metern unmittelbar vorher gestellt worden sind und dadurch den Befragten die Einsatzmöglichkeiten erst richtig bewusst wurden. Dies verdeutlicht, dass bei den Bürgern offenbar ein erheblicher Informationsmangel besteht.

Abbildung 19: Zahlungsbereitschaft für Smart Meter

